

Breslauer



Mittagblatt.

Mittwoch den 12. März 1856.

Nr. 122

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 11. März. 3pGt. Rente 72, 65. 4½pGt. Rente 93, 75. 1pGt. Spanier 24. Österreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 916. Österreich. Credit-Aktien 840. Credit-Mobilier-Aktien 1870. Höhere Consolnotierung stimmte die Börse günstig. Schluss fest. Alle Wertpapiere gefügt.

London, 11. März, Nachmitt. 5½ Uhr. Die 3pGt. Rente wurde zu 72, 60, die 4½pGt. zu 93, 75 aus Paris gemeldet. — Schluss-Cours: Consols 92½ für April. 1pGt. Spanier 24% Mexikaner 20. Sardiner 50% für April. 1pGt. Spanier 24% Mexikaner 20. Sardiner 13 Mark 11½ Shilling.

Die fälligen Dampfschiffe aus Newyork sind in Southampton und in Liverpool eingetroffen. Der Cours auf London war in Newyork 8%; Baumwolle ½ Cent höher.

Wien, 11. März, Nachmittags 12 Uhr 45 Min. Günstigere Stimmung. Aktien der Elisabethbahn wurden zu 117 gehandelt. — Schluss-Cours:

Silber-Anleihe 92. 5pGt. Metall. 84%. 4½pGt. Metalliques 74. Bank-Aktien 1052. Nordbahn 288. Centralbahn 103. 1839er Loose 136. 1854er Loose 110%. National-Anlehen 84%. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien-Sertif. 264. Bank-Int.-Scheine 308. Credit-Akt. 345. London 10, 06. August 102. Hamburg 74%. Paris 120%. Gold 6½. Silber 4.

Frauenfunk a. M., 11. März, Nachmitt. 2 Uhr. Für österr. Credit-Aktien lebhafte und festere Stimmung. In Spaniern und einigen Eisenbahn-Aktien bedeutender Umfang. Metalliques flauer. — Schluss-Cours:

Neueste preußische Anleihe 114. Preußische Kassensteine 105. Köln-Mindener Eisenbahn-Aktien. — Friedrich-Wilhelms-Nord. 63½. Ludwigsbach-Berbach 159%. Frankfurter Hanau 79%. Berliner Wechsel 103%. Hamburger Wechsel 89. Londoner Wechsel 120%. Pariser Wechsel 94%. Amsterdamer Wechsel 100%. Wiener Wechsel 117%. Frankfurter Bank-Antheile 122%. Darmstädter Bank-Aktien 348. 3pGt. Spanier 39. 1pGt. Spanier 24%. Kurhessische Loose 40%. Badische Loose 47%. 5pGt. Metallique 81½. 4½pGt. Metall. 73½. 1854er Loose 107%. Österreich. National-Anlehen 83%. Österreichisch-Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 308. Österreich. Bank-Antheile 1242. Österreichische Credit-Aktien 185.

Hamburg, 11. März, Nachmittags 2½ Uhr. Anfangs fest, später animirt. — Schluss-Cours:

Preußische 4½pGt. Staats-Anleihe 100. Preuß. Loose 112%. Österreichische Loose 110. Österreichische Credit-Aktien 175. Österreichische Eisenbahn-Aktien 920. 3pGt. Spanier 36%. 1pGt. Spanier 22%. Niederrheinische 1853 80%. Berlin-Hamburger 112. Köln-Mindener 166. Mecklenburger 55. Magdeburg-Wittenberge 48%. Berlin-Hamburg 1. Priorität 101%. Köln-Winden 3. Priorität 90. Diskonto 5%. Lond. lang 13 Mrk. 3½ Shill. notirt, 13 Mrk. 4½ Sh. bez. London kurz 13 Mrk. 7 Sh. not., 13 Mrk. 7½ Sh. bez. Amsterdam 36, 05. Wien 78.

Großhandelsmarkt. Weizen und Roggen unverändert und still. Del pro März 31%, pro Mai 31%, pro Oktober 28%. Kaffee unverändert.

Liverpool, 11. März. Baumwolle: 5000 Wallen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg, 10. März, Abends. Laut petersburger Nachrichten hat die Regierung einen Plan zur Organisierung eines neuen Gordon-Heeres von Vaschkiren in Orenburg veröffentlicht. Nach demselben soll es aus 12 besetzten Regimentern und einer Brigade reitender Artillerie mit drei aktiven (schlagfähigen Batterien) bestehen.

Paris, 11. März. Gestern hat eine Konferenz-Sitzung stattgefunden. Der heutige „Moniteur“ enthält ein Bulletin über das Befinden des Prinzen Jerome von gestern Abends 10½ Uhr. Nach demselben hat eine Cracervation der Kungenentzündung eine erneute Anwendung von Blutentziehung notwendig gemacht. Es wurden Blutegel applicirt und Brechwinstein verordnet. Die 3pGt. wurde gestern Abend auf dem Boulevard zu 72, 95 gehandelt, österreichische Credit-Aktien zu 815 gemacht.

London, 10. März, Nachts. In so eben beendigter Sitzung des Unterhauses beantragte Lord Grey die zweite Lesung der Grafschaften-Polizei-Bill. Nach einer langen Debatte wurde zur Abstimmung geschritten, wobei 259 zu Gunsten der Regierung, 106 gegen dieselbe stimmten.

Preußen.

Berlin, 11. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: den Professor Dr. Christian August Hornig, seither Direktor der Realschule zu Treptow a. R., zum Direktor des Gymnasiums zu Stargard in Pommern zu ernennen; und dem Bergamts-Direktor Huyßen zu Düren den Charakter als Berggraf zu verleihen. — Der praktische Arzt ic. Dr. Hartkop zu Burscheid ist zum Kreis-Physikus des Kreises Lennep ernannt; die Berufung des ordentlichen Lehrers am Friedrich-Werderschen Gymnasium zu Berlin, Dr. Adolph Joachim Friedrich Zinnow zum Prorektor des Gymnasiums zu Stargard in Pommern; die des Hilfslehrer Dr. Arnold Sigmund Ernst Steudener II. zum ordentlichen Lehrer, und die des Schulamts-Kandidaten Dr. Johann Samuel Kroschel zum Hilfslehrer an der Klosterschule zu Köslken; ferner die des Hilfslehrers an der Realschule zu Duisburg, Dr. Johann Friedrich David Grämer, zum ordentlichen Lehrer an der Realschule zu Barmen genehmigt; so wie dem Organisten an der Domkirche zu Halberstadt, Ferdinand Baake, das Prädikat „Musik-Direktor“ beigelegt worden.

[Der Tod des Herrn v. Hinckeldey.] Wir hatten gestern nur eben noch Zeit, den in Folge eines Duells erfolgten Tod des General-Polizei-Direktors v. Hinckeldey zu melden. Näheres war uns über das traurige Ereignis noch nicht bekannt geworden. Wir fügen heute die Details hinzu, welche uns inzwischen zugegangen sind, wobei wir natürlich von Mittelheilung unverbürgter Gerüchte Abstand nehmen müssen. Herr v. Hinckeldey hat den Herrn v. Rochow auf Plessow, Mitglied des Herrenhauses, gefordert; was die Veranlassung dazu gewesen, wissen wir nicht, doch sollen die Differenzen nicht aus der neuesten Zeit stammen. Von beiden Seiten, so versichert man uns aus zuverlässiger Quelle, ist bei dem Zweikampf in durchaus ehrenhafter und ritterlicher Weise verfahren worden. Der Sekundant des Herrn v. Hinckeldey war der Geh. Ober-Regierungs-Rath v. Münchhausen, Mitglied des Herrenhauses, der, wie man hört, alles Mögliche versucht hatte, um die Sache beizulegen. Das Duell fand gestern (Montag) Vormittags 10 Uhr in der Jungfernhaide, unweit des Forsthauses Königsdamm, statt. Sekundant des Herrn v. Rochow war der Lieutenant v. Rochow, vom Regiment

Garde du Corps; als Unparteiischer fungirte Herr v. d. Marwitz, Mitglied des Herrenhauses. Den ersten Schuß hatte Herr v. Hinckeldey, das Pistol verlor aber; sein Sekundant reichte ihm ein zweites, und er feuerte nun, schätzte aber seinen Gegner. Hierauf schoß Herr v. Rochow und traf Herrn v. Hinckeldey in die rechte Brust; dieser sank in die Arme seines Sekundanten und verschied nach wenigen Minuten unter den Bemühungen des anwesenden Arztes Dr. Hassel. Die Leiche wurde hierauf in den Wagen des Verstorbenen gelegt und von den Sekundanten nach Charlottenburg in die Wohnung des Polizeidirektors Maas gebracht. Am Abend wurde die Leiche in die Wohnung des Berewigten nach Berlin übergeführt. — Herr v. Rochow (Landwehr-Offizier) begab sich vom Kampfplatz sofort nach der königl. Kommandantur in Berlin und meldete sich daselbst mit der Anzeige, daß er den General-Polizei-Direktor v. Hinckeldey im Duell erschossen habe, er sei der Geforderte und stelle sich zur Haft. Hierauf wurde ihm das Ehrenwort abgenommen, die Stadt nicht zu verlassen; am Abende erfolgte seine Verhaftung seitens der Kriminal-Polizei; heute Vormittag wurde er der Militär-Behörde zur weiteren Veranlassung übergeben. (Vergl. die Sitzung des Herrenhauses.) Der Sekundant des Hrn. v. Hinckeldey, Geb. Ober-Reg.-Rath v. Münchhausen, ist von seinen Geschäften im Ministerium des Innern vorläufig dispensirt worden. — Dies ist es, was wir über diese traurige Angelegenheit mittheilen können; im Wesentlichen wird es richtig sein, wenn auch vielleicht Einzelheiten nicht ganz genau wären. Es ist überaus schwierig, in solchen Fällen zuverlässige Nachrichten zu erhalten. (N. Pr. 3.)

Nachträglich geht uns die folgende Erklärung zu: „Als Unparteiischer vom Hrn. v. Hinckeldey und vom Hrn. v. Rochow bei dem zwischen Beiden stattfindenden Duell gewählt, fühlte ich mich veranlaßt, um den verschiedenen über das Duell im Umlauf befindlichen falschen Gerüchten entgegenzutreten, folgende wahrheitsgetreue Darstellung des Duells abzugeben. Nachdem beide Herren auf den ihnen angewiesenen Punkten aufgestellt waren, gab ich das Zeichen zum Beginn des Duells. Beide Herren avancirten wohl zielend in kleinen Schritten der Barriere zu. Hr. v. Hinckeldey drückte zuerst ab, doch verlor das Pistol. Hr. v. Rochow senkte sofort das Pistol. Nach dem Hrn. v. Hinckeldey ein anderes Pistol gereicht war, avancirten beide Herren wiederum gleichzeitig wohl zielend der Barriere zu bis auf etwa 12 gute Schritte, darauf fielen beide Schüsse so zu gleicher Zeit, daß nur der in der Nähe Stehende zwei Schüsse unterscheiden konnte, während andere, die zwanzig Schritte entfernt standen, nur einen Schuß gehört haben. Also ist der Verlauf des Duells allen Anforderungen der Ehre und der Gezeuge des Zweikampfes entsprechend gewesen. Berlin, den 11. März 1856.“

v. d. Marwitz, Mitglied des Herrenhauses.

Der „Publizist“ bringt heute Nachstehendes:

„Die näheren Umstände des tragischen Vorganges sind natürlich zur Zeit noch nicht vollständig bekannt. Was wir äußerlich vernehmen, rechtfertigt einigermaßen die Vermuthung, daß die Anfänge des Ereignisses in jenem bekannten Vorfall zu suchen sind, der die seiner Zeit besprochene politische Aufhebung einer nächtlichen Sitzung des Jockeyclubs im Hotel du Nord unter den Linden traf.“

„Die Mitglieder jenes aus Angehörigen des vornehmsten Adels zusammengesetzten Klubs glaubten sich durch das Einschreiten des Polizei-Lieutenant Damm verletzt, und verlangten von dem General-Polizei-Direktor die Bestrafung desselben. Herr v. Hinckeldey fand aber nach sorgfältiger Untersuchung, daß das Verfahren des Beamten zu einer Lüge keinen gerechtfertigten Anlaß bot, und er glaubte deshalb den Beamten gegen die wider ihn erhobenen Angriffe vertreten zu müssen.“

„Der Polizei-Lieutenant Damm wurde zwar von hier verzeigt, jedoch mit einer Erhöhung an Rang und Einkommen, indem er zum Polizeidirektor in Paderborn ernannt wurde.“

„Es scheint nicht, daß dies den Ansichten der Herren entsprach, welche den mehrgedachten adeligen Club bilden. Wenigstens war ein Mitglied desselben so wenig damit einverstanden, daß es den Weg der Immediatbeschwerde betrat und hierbei Anführungen machte, welche der General-Polizeidirektor als beleidigend für sich ansehen zu müssen glaubte.“

„Dieses Klubmitglied war ein Herr v. Rochow-Plessow, 30 Jahr alt, Lieutenant außer Diensten, und Inhaber eines Sitzes im Herrenhause, den er auf Präsentation seiner Familien von Sr. Majestät dem Könige erhalten hat. Ob die zuletzt gedachte Immediatbeschwerde desselben die nächste Veranlassung des Duells gewesen ist, möge dahin gestellt sein; jedenfalls war sie die letzte, ohne daß es darum ausgeschlossen ist, daß schon andere Reibungen und Kränkungen vorausgegangen waren.“

„Wenn wir sagen, daß Herr v. Hinckeldey es war, welcher Herrn v. Rochow forderte, und wenn wir dabei erwägen, daß Herr v. Hinckeldey ein im reifen Lebensalter stehender Mann, daß er Vater von sieben Kindern war, und vermöge seiner hohen Stellung den ersten und dringendsten Beruf hatte, das Gesetz zu wahren und keine Verletzung desselben zu gestatten, — so werden wir ganz von selbst zu der Annahme geführt, daß eine schwere Reizung vorhanden gewesen sein muß, die diesen Mann, von dem man außerdem weiß, daß er ein sehr glückliches Familienleben führte, zu einer Herausforderung auf tödliche Waffen bewegen konnte.“

„Wer die Pistole zur Duellwaffe bestimmt hat, wird uns zwar nicht ausdrücklich mittheilen, nach den Duellgesetzen aber hat der Geforderte die Wahl der Waffen, und es ist also zu vermuten, daß es Herr v. Rochow war, welcher die Pistolen wählte. Von vornherein war der Kampf infoweit ungleich, als Herr v. Rochow für einen vorzüglichen Schützen gilt, während Herr v. Hinckeldey mit der Pistole nicht umzugehen verstand, auch überdies durch ein sehr schwaches Gesicht dabei behindert wurde.“

Expedition: Herrenstraße Nr. 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.“

Sitzung ist mir mitgetheilt worden, daß er bereits aus der polizeilichen Untersuchungshaft entlassen, und, so wie es sich gehört, dem Militärgerichte übergeben worden sei. Ich glaube, daß wir annehmen dürfen, daß er von dieser seiner Gerichtsbehörde so behandelt werden wird, wie er es verlangen kann. Sollte etwas geschehen, von dem das Haus glaubte, daß es nicht zuträglich sei, so behalte ich mir, so wie gewiß viele andere, das Recht vor, für diesen Fall einen erneuerten Antrag zu stellen.

Das Haus geht hierauf zur Tages-Ordnung über. Näheres morgen. (N. Pr. 3.)

Berlin, 10. März. [Landtag.] Der von dem Abgeordneten Diergardt gestellte, ursprünglich auf Monopolisierung des Tabaks, sodann auf Erhöhung der Tabaksteuer gerichtete Antrag ist von der combinirten Kommission des Handels und der Finanzen in Berathung genommen und beschlossen worden, dem Abgeordneten hauptsächlich den Übergang zur Tagesordnung anzumahnen. Dies Resultat konnte nach den bei der Berathung von den Kommissarien der Regierung abgegebenen Erklärungen nicht zweifelhaft erscheinen. Nach diesen haben die im Schoße des Zollvereins mehrfach stattgefundenen reislichen Erwägungen zu der Ansicht geführt, daß eine erhebliche Erhöhung der aus der Tabaksteuerung bisher bezogenen Intrade nur im Wege der Monopolisierung möglich, mithin auf einem Wege, welcher durch höhere volkswirtschaftliche Rücksichten verschlossen sei. Bei einer bloßen Erhöhung des Eingangsazess und der Steuer auf den inländischen Tabakbau würden dagegen die finanziellen Vortheile durch die Verminderung des Konsums und die Notwendigkeit von Kontrolmaßregeln gegen den dann lohnenden und deshalb unausbleiblichen Schmuggelhandel an den langgedehnten und schwer zu sperrenden Grenzen des Zollvereins dergestalt geschmälert werden, daß sie die Verhinderung eines zu einem notwendigen Bedürfnisse gewordenen Gegenstandes und den Eingriff in die landwirthschaftliche Kultur vieler Gegenden nicht zu rechtfertigen vermöchten. — Die Berichte der Budget-Kommission über die Etats der Lotterie-Verwaltung, des Seehandlungsinstituts und des Finanz-Ministerii empfehlen die Genehmigung sämtlicher Einnahme- und Ausgabe-Positionen. In dem Etat der Lotterie-Verwaltung ist gegen die früheren Jahre in sofern eine wesentliche Änderung eingetreten, als der bevorstehenden 114ten Lotterie ein neuer Plan zum Grunde liegt, nach welchem die bisherige Anzahl der Losen von 90,000 auf 95,000 erhöht und eine Mehreinnahme von 34,700 Thlr. erzielt wird, so daß der nach Abzug der Ausgaben durch dieses Institut erzielte Reinertrag sich auf 1,129,700 Thlr. stellt. Gegen diese Erhöhung sind zwar in der Kommission Bedenken erhoben, und theils auf das Unmoralische des Spiels, theils auf die von der Staatsregierung in den Jahren 1841 und 1847 ertheilten Zusicherungen, daß gänzliche Eingehen der Lotterie erstreb zu wollen, theils auf die in Verbindung damit im Jahre 1841 erfolgte Reduktion der Lossezahl von 112,000 auf 90,000 hingewiesen worden, indessen ist der Antrag: „die Mehreinnahme von 34,700 Thlr. pro 1856 nicht genehmigen zu wollen“, mit 23 gegen 5 Stimmen, und ein weiterer Antrag: „die Erwartung auszusprechen, daß die numehrige Lossezahl von 95,000 von der Staatsregierung als Maximum werde festgehalten werden“, mit 16 gegen 12 Stimmen verworfen worden. Die Mehrheit erkannte es als zweckmäßig an, daß bei der in Preußen sehr vermehrten Nachfrage nach Losen und bei der in andern deutschen Staaten in so erheblichem Maße erfolgten Vermehrung der Lossezahl bei den dort bestehenden Lotterien, die Lossezahl um 5000 erhöht werde, weil der Mangel an inländischen Losen nur zum Spielen in auswärtigen Lotterien, nicht aber zur Beschränkung des Spielens selbst führen werde. — Dem Herrenhause liegen die von der 12. Kommission erstatteten Berichte über die beiden Anträge des Oberbürgermeisters Piper vor: „die Staatsregierung zu erüthen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht in den Städten, wo die Polizei-Verwaltung besonderen Staats-Beamten übertragen ist, 1) eine Fixation der Kosten, welche von den Kommunen zu tragen sind, zu ermöglichen sei; 2) die Handhabung gewisser polizeilichen Verwaltungszweige, wie die Wohlfahrts-Polizei, dem Magistrat zurückzugeben sei.“ Der Vertreter der Regierung hat sich zwar gegen beide Anträge ausgesprochen, gegen den ersten besonders auch deshalb, weil die gewünschte Fixation der Kosten zur Zeit wegen der streitigen und in vielfachen Prozessen befangenen Frage, welche Kosten, als das Gehalt der Beamten betreffend, von dem Staate, und welche Kosten von den Kommunen zu tragen seien, unausführbar erscheine, gegen den letzteren aber, weil eine einheitliche Verwaltung der Polizei im Interesse des Publikums wie der Behörden notwendiges Erforderniß einer guten Polizei sei, auch es nicht möglich sei, eine bestimmte Abgrenzung der verschiedenen Zweige zu finden, und Irrungen des Publikums und Konflikten unter den Behörden selbst vorzubeugen, indessen hat die Kommission gleichwohl einstimmig beschlossen, dem Herrenhause zu empfehlen, beide Anträge der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu empfehlen. In Betreff des zweiten Antrages ist insbesondere auf das Beispiel Sachsen hingewiesen, wo seit länger als 30 Jahren auf Grund der dortigen Städte-Ordnung eine Trennung zwischen der königlichen Behörden übertragener Verwaltung der Sicherheitspolizei und der dem Magistrat übertragenen Verwaltung der Wohlfahrts-Polizei, zu welcher nach einem hierüber erlassenen Regulative die Markt-, Mess- und Handels-, Gewerbe-, Straßen-, Bau-, Feuer-, Gesundheits- und Medicinal-, Religions- und Sitten-Polizei gehören, besteht. Nach einer im Berichte befindlichen Notiz wird gegenwärtig in 251 Städten die Polizei durch königliche Beamte administriert. — Nach dem von der Finanz-Kommission erstatteten Berichte ist der Gesetzentwurf, betreffend die Forterhebung des Zuschlages zur klassifizirten Einkommen-, Schlacht- und Mahlsteuer bis zum 1. April 1857, mit 11 gegen 5 Stimmen genehmigt worden. Aus dem Berichte geht hervor, daß die Minorität die Notwendigkeit der Forterhebung des Steuerzuschlages nicht als hinlänglich nachgewiesen erachtet hat, weil das Deficit im Staatshaushalt-Etat pro 1856, welches mit 2,454,574 Thaler veranschlagt worden, und zu dessen Deckung der Zuschlag dienen soll, bei dem zu gewärtigenden Ergebnisse der Etat-Einnahme des Jahres in der That nur ein scheinbares sei. — Der von der Staatsregierung vorgelegte Gesetzentwurf, durch welchen die Tararevgütigung für rohen Kaffee in Ballen oder Säcken von 3 auf 2 Pfund pro Centner herabgesetzt wird, beruht auf der in sämtlichen Zollvereins-Staaten vorgenommenen Ermittlung, daß die gegenwärtige Vergütigung im Misverhältnisse zu dem wirklichen Gewichte der Umhüllung steht. Es wird in den Motiven behauptet, daß den Zollpflichtigen selbst eine Tara-Vergütigung von 2 Prozenten noch in den meisten Fällen zum Vortheil gereiche.

Deutschland.

München, 8. März. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde der 1. Art. des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Eisenbahnbau-Dotation, angenommen. Es haben damit die Ausgaben für die Industrie-Ausstellung die nachträgliche Genehmigung von der Kammer erhalten.

Stuttgart, 9. März. Die Kammer der Abgeordneten hat gestern mit 77 gegen 11 Stimmen den durch die Schlayer'sche Motion veranlaßten An-

trag der volkswirtschaftlichen Kommission angenommen, dahin gehend: die Regierung um Vorlage einer Exigenz für den Bau einer oberen Neckarbahn (vorläufig von Plochingen über Nürtingen, Meßingen, Reutlingen, Tübingen nach Rottenburg) noch vor bevorstehender Berathung zu bitten.

Provinzial-Zeitung.

△ Breslau, 9. März. [Bethanien.] Der für das verflossene Jahr veröffentlichte sechste Jahresbericht über das evangelisch-lutherische Diaconissen-Mutterhaus „Bethanien“ hier selbst, Klosterstraße Nr. 49, bringt gleich an seiner Spize die erfreuliche Mittheilung über die Erweiterung der Heilanstalt durch Einrichtung einer Männerstation mit vorläufig 6—8 Betten, deren Eröffnung, so Gott will, kommenden Sommer bevorsteht. — Diese Männerstation befindet sich in einiger Entfernung von dem alten Krankenhaus, auf der von der Anstalt erworbenen, früher Haberkorn'schen Besitzung, Klosterstraße Nr. 50a. Der noch übrige Theil des auf diesem Grundstück befindlichen Wohnhauses dient zur Unterkunft der Anstaltsgeistlichen. Die ganze Anlage befindet sich mitte in einem Garten und macht einen sehr freundlichen Eindruck. Dagegen hat das alte Krankenhaus seiner freundlichen Zierde an der Veranda verlustig gehen müssen, weil der wilde Wein die Mauern mit Feuchtigkeit und die Krantenzimmer mit Verdunkelung bedrohte. Die in einem Theile des Gebäudes mittelst Bleitafeln bewirkte Trockenlegung ist mit gutem Erfolge unternommen worden. Auch noch andere Baulichkeiten haben sich als nothwendiges Bedürfnis herausgestellt, so daß diese Heilanstalt auch in nächster Zukunft der liebevollen Beihilfe recht bedürftig ist, die wir ihr im vollsten Maße wünschen, wie sie dieselbe sehr wohl verdient. Von allgemeinem Interesse sind folgende zwei neue Beschlüsse des Vorstandes:

- 1) daß es allen Kranken bei ihrer Aufnahme in Bethanien angekündigt werden solle, wie bei denjenigen Kranken, welche aus Krankenkassen Unterstützungen beziehen, der gleichen Unterstützungen für die Zeit der Verpflegung in Bethanien an die Anstalt kassen fallen, es sei denn, daß die Kranken eine Anwartschaftskarte besitzen.
- 2) daß denjenigen Personen, welche jährlich 2 Thlr. festen Beitrag an Bethanien zahlen, gestattet werden solle, gegen Vorzeigung ihrer Quittung einen Dienstboten, der bei ihnen diene, Bethanien zur Heilung in Krankheitsfällen zu überweisen, wenn auch keine besondere Anwartschaftskarte von ihnen gelöst worden sei.

Die Zahl der Diaconissen ist in dem abgelaufenen Jahre von 7 auf 10 gestiegen. Vier Probeschwestern sind im Jahre 1855 aus der Probezeit ausgeschieden, weil sie dem Berufe nicht gewachsen fühlten. Bei dieser Mittheilung wird der Wunsch ausgesprochen, daß, um solchen Selbststänzungen zu entgehen, alle Jungfrauen, welche in das heilige Mutterhaus „Bethanien“ eintreten wollen, sich vorher mit den im Druck erschienenen Aufnahme-Be dingungen, welche den vierten Jahresberichte beigegeben und auch besonders zu haben sind, bekannt machen mögen. Eine zeitliche Versorgungsanstalt ist einmal Bethanien nicht, und wo das innere Leben in Christo fehlt, da genügen alle sonstigen Gaben für den Krankenstand nicht. — Besonders erwünscht würde es sein, wenn auch gebildete Jungfrauen aus den höheren Ständen sich an diesem Liebeswerk, welches freilich große Selbsterleugnung und gänzliche Hingabe erfordert, betheiligen wollten.

Die Zahl der ohne Unterschied der Konfession in Bethanien versorgten weiblichen Kranken ist im Jahre 1855 auf 630 gestiegen, unter denen 434 Evangelische und 196 Katholiken sich befanden.

Der Gottesdienst in Bethanien wurde, wie früher, von den Konistorial-Räthen Dr. Gaupp und Wachler und dem Anstaltsgeistlichen Weiske geleitet. An dem heiligen Abendmahl nach evangelischem Ritus haben 178 Personen teilgenommen, nach dem Ritus der römisch-katholischen Kirche ist das Sakrament 26 Kranken gereicht worden. Als außerordentliche Feste der Anstalt sind in dem abgelaufenen Jahre durch solenne Gottesdienste ausgezeichnet worden: 1) das Stiftungsfest am 14. Mai, 2) das Geburtstag-Sr. Marias des Königs, 3) das Jahrestfest des Jungfrauen-Vereins am 22. Okt., 4) der Geburtstag Ihrer Maj. der Königin. Besonders erhaben muß die dreifache Feier des heiligen Weihnachts-Aubends gewesen sein. — An die bevorstehenden Gottesdienste pr. 1855 reiht sich noch die Todtentfeier des Fürsten von Pleß, welche zum Gedächtniß dieses Gönners der Anstalt am 26. Dezember in der Hauptkapelle begangen wurde.

Die auswärtigen Stationen Bethaniens sind: Bunzlau, Baumgarten (bei Ohlau) und Reichenbach in Schlesien. Wie groß und schätzbar das Arbeitsfeld der Schwestern auch auf diesen auswärtigen Stationen gewesen, mag schon daraus ersichtlich sein, daß allein in dem Kreis-Krankenhaus zu Baumgarten im vorigen Jahre 1455 Kräfte aufgenommen worden sind, von denen 1839 gesund entlassen wurden. Unter den Verpflegten in dieser Anstalt befanden sich 857 männliche, 598 weibliche Kräfte ohne Unterschied der Konfession; die größere Hälfte der in dieser Anstalt Verpflegten war der katholischen Konfession zugethan.

Unter den Beihilfen, welche im verflossenen Jahre dem Krankenhaus Bethanien zugegangen sind, sind vor allem 500 Thlr. von der schlesischen Genossenschaft des Johanniter-Ordens hervorzuheben, durch welche 5 mit dem Ritterkreuz des Ordens bezeichnete Betten zur unentgeltlichen Pflege armer Kranken unterhalten werden konnten. Auch die Kreisstände der Kreise Volkenhain, Bunzlau, Falkenberg, Görlitz, Hoyerswerda, Löwenberg, Schweidnitz, Strehlen und Trebnitz haben Bethanien Unterstützungen gegeben lassen; die des Kreises Trebnitz aus eigenen Mitteln über 70 Thlr. Außerdem finden sich als hervorragend durch ihre beträchtlichen Unterstützungen neben den sonstigen hohen und niederen Gönnerinnen Bethaniens diesmal noch der Fürstbischof von Breslau, die Grafen v. Haugwitz und Scherr-Thysk, die Frau Landrath v. Wensky, die Frau Gräfin Clementine v. Pfeil, die Frau General v. Schutter und der Rittergutsbesitzer Witt v. Döring. Dass daneben die Namen der älteren Gönner und Gönnerinnen Bethaniens, wie die Frau Gräfin v. Harrach, die Frau Gräfin v. Bieten u. a. ebenfalls wieder glänzen, braucht kaum erwähnt zu werden.

Als Kollektanten jammeln gegenwärtig für Bethanien: 1) Koll. Elmetz in Breslau, 2) Koll. Schröter in Lehmgruben bei Breslau, 3) Koll. Bartels in Münsterberg, 4) Koll. Janitsche in Neustadt O.S., 5) Koll. Losna in Tarnowitz, 6) Koll. Schubert in Konstadt, 7) Koll. Starke in Bielwiese bei Parzow, 8) Koll. Kuhner in Glogau, 9) Koll. Bunzel in Bunzlau, 10) Koll. Seydel in Kummerwitz bei Görlitz.

Es wird gebeten, keinem Sammler für Bethanien etwas zu verabfolgen, welcher nicht mit einer schriftlichen, mit dem Stempel der Anstalt beglaubigte Böllmact versehen ist.

In dem Berichterstattung der eingegangenen Natural-Geschenke, zumeist von den aus früherer Zeit bekannten Gönnerinnen, finden sich, wie in anderen Jahren, wieder bedeutende Gaben an Fleisch, Gemüse, Hülsenfrüchten, Backobst, Reis, Kaffee und Zucker, Getreide aller Art, Stroh und Sämereien u. s. f. — Auch der Buchdruckerei von Graß, Barth u. Co. (W. Friedrich) wird der Dank für den Druck des Jahresberichts zum Selbstkostenpreise ausgesprochen.

Neben den 500 Thlr. von der schlesischen Genossenschaft des Johanniter-Ordens sind noch als Geschenke Posten von großen Summen, oft von mehreren hundert Thalern, wie 250, 185, 124, 125 u. s. w. Der Abschluß der Verwaltungskasse ergibt folgende Zusammenstellung:

| A. Einnahmen | 240 Thlr. 15 Sgr. 10 Pf. |
|----------------------------------|--------------------------------|
| 1) Laufende Beiträge | 862 = 28 = 6 = |
| 2) Beiträge ohne Verbindlichkeit | 55 = 16 = = |
| 3) Geschenke | 1369 = 28 = 9 = |
| 4) Sammlungen | 298 = 26 = 10 = |
| 5) Verlosung | 318 = 10 = = |
| 6) Provinzial-Kollekte | 2436 = 9 = = |
| 7) Haus-Kollekte | 319 = 24 = 9 = |
| 8) Verpflegung | 493 = 17 = 6 = |
| 9) Haushaltung | 33 = = = |
| 10) Diverse Einnahmen | 43 = = = |
| 11) Spar-Konto der Dienstmädchen | 22 = = = |
| 12) Anwartschaftskarten | 141 = 10 = = |
| Summa | 6635 Thlr. 7 Sgr. 2 Pf. |

| B. Ausgaben | 1278 Thlr. 29 Sgr. 10 Pf. |
|----------------------------------|---------------------------|
| 1) Bau-Reparaturkosten | 65 = 20 = 6 = |
| 2) Inventarium | 901 = 14 = 11 = |
| 3) Haushaltung | 1736 = 23 = 8 = |
| 4) Verpflegung | 284 = = = |
| 5) Gehalte | 469 = 19 = 3 = |
| 6) Boten- und Gesinde-Löhnnungen | 469 = 19 = 3 = |
| 7) Haus-Verwaltung | 488 = 14 = 2 = |

| | |
|------------------------|-------------------------|
| 8) Diverse Ausgaben | 265 Thlr. 28 Sgr. — Pf. |
| 9) Zur Schwester-Kasse | 205 = 21 = 6 = |
| 10) Zum Kapitalfonds | 753 = 8 = 3 = |

| | |
|--------------|--------------------------------|
| Summa | 6450 Thlr. — Sgr. 1 Pf. |
|--------------|--------------------------------|

| | |
|-----------------|--|
| Balance: | |
|-----------------|--|

| | |
|--------------|-------------------------|
| A. Einnahmen | 6635 Thlr. 7 Sgr. 2 Pf. |
| B. Ausgaben | 6450 Thlr. — 1 = |

bleibt Bestand 185 Thlr. 7 Sgr. 1 Pf.

Die Übersicht des Anstaltsvermögens bringt folgende Zahlen:

| | |
|-------------|--------------------------|
| I. Aktiva | 9170 Thlr. 22 Sgr. 8 Pf. |
| II. Passiva | 8716 Thlr. 20 Sgr. — Pf. |

Weil nun, wie sich hieraus ergiebt, noch immer die Aktiva von den Passiva ganz aufgewogen werden und die unabsehbaren Bauten noch immer viel Geld kosten, bitte der Vorstand gleich im Eingange des Berichts, daß die Gönner Bethaniens in ihrer liebenvollen Beihilfe nicht ermüden wollen und segt sein Vertrauen auf das Wort Jes. 54, 4: „Fürchte dich nicht, denn du sollst nicht zu Schanden werden; werde nicht blöde, denn du sollst nicht zu Spott werden.“

Breslau, 12. März. [Polizeiliches.] An den von dem Polizeipräsidium eingeführten 6 Verkaufsstellen sind seit der Eröffnung des Verkaufs, den 27. Jan. d. J. bis zum 10. März, an Bedürftige verkauft worden: